

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südwestdeutsche Union. 1946-1951 1948

1 (15.1.1948)

• Kreis und Gemeinde •

Kommunalpolitische Blätter der CDU Landesverband Baden

1. Jahrgang

Karlsruhe, 15. Januar 1948

Nr. 1

Zum Geleit

Unter der Bezeichnung „Kreis und Gemeinde“ bringen wir heute erstmals eine Beilage zur „Südwestdeutschen Union“ heraus, die sich ausschließlich mit kommunalpolitischen Fragen befassen soll. Wir freuen uns, damit einem längst gehegten Wunsche der Schriftleitung und einer wiederholt an uns herangetragenen Anregung entsprechen zu können.

Bei der grundlegenden Bedeutung, die die kommunalen Einrichtungen und das politische Leben in Gemeinde und Kreis für den Aufbau und die Entfaltung des öffentlichen Lebens überhaupt haben, dürfen wir es uns ersparen, die Bedürfnisfrage nach einer solchen Beilage zu erörtern. Viel wichtiger erscheint uns die Frage nach der rechten Ausgestaltung und fruchtbaren Auswertung der Beilage. Hierzu möchten wir einen Gedanken betonen: die kommunalpolitischen Blätter unseres Landesverbandes werden und können nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie mehr als raschelndes Papier sind. Sie müssen vom frischen Luftzug des politischen Alltagslebens bewegt sein, wie es sich gerade in den Gemeinden vollzieht, wo ja im allgemeinen nicht die weltweite politische Spekulation, sondern der nüchterne, gegenwartsnahe Tatsachensinn regiert.

Um unseren Lesern und namentlich unseren politischen Freunden, die als Gemeinderäte, Bürgermeister oder sonstige aktive Kommunalpolitik treiben, die Möglichkeit zur Aussprache und Unterrichtung zu geben, haben wir für die Beilage einen „Briefkasten“ und einen „Sprechsaal“ eingerichtet.

Im „Briefkasten“ sollen solche Fragen aufgeworfen und beantwortet werden, die namentlich bei der Realisierung der kommunalen Selbstverwaltung auftreten und eine Stellungnahme von Fall zu Fall verlangen. Es ist damit zu rechnen, daß gerade jetzt nach den Gemeinderats- und Kreistagswahlen vom 7. 12. 1947 eine Fülle solcher Fragen auftauchen wird, zumal eine sehr große Zahl von Parteifreunden zum erstenmal das Amt des Gemeinderats oder Kreistagsabgeordneten angetreten haben oder — nach den Bürgermeisterwahlen am 1. 2. 1948 — den Posten des Bürgermeisters übernehmen werden. Die Anfragen, die bei uns einlaufen, werden zunächst schriftlich beantwortet, und dann im „Briefkasten“ veröffentlicht, sofern sie, wie z. B. die in dieser Beilage veröffentlichten Fragen, allgemeines Interesse beanspruchen können. Für die Bearbeitung der Anfragen haben wir einen führenden Kommunalpolitiker gewonnen, dessen Sachkenntnis außer Zweifel steht.

Der „Sprechsaal“ hat eine etwas andere Aufgabe. Hier sollen unsere Freunde sich über alle Angelegenheiten aussprechen, die mehr grundsätzlicher und allgemeiner Art sind. Wir wollen aber den Rahmen nicht zu eng stecken, sondern den Federn unserer Kommunalpolitiker soviel wie möglich freien Lauf lassen. Ein besonders weites und dankbares Feld

scheinen uns hier alle Probleme zu bieten, die mit der neuen Gemeindeordnung und Kreisordnung zusammenhängen, über die in absehbarer Zeit der Landtag im Wege der Gesetzgebung zu entscheiden hat. Dieses wichtige Gesetzgebungswerk sollte nicht abgeschlossen werden, ohne daß die Träger der kommunalen Verwaltung die Möglichkeit gehabt haben, ausführlich hierzu Stellung zu nehmen. Die Spalten von „Kreis und Gemeinde“ stehen jedem, der zu diesen Dingen etwas zu sagen weiß, vor allem auch kritischen Äußerungen offen.

Auch sonst bitten wir um rege Mitarbeit gerade an den kommunalpolitischen Blättern unseres Landesverbandes. In keinem anderen Abschnitt des politischen Lebens stehen so viele unserer Freunde in vorderster Linie wie im kommunalen Sektor. Schon deshalb dürfte es an „Stoff“ nicht fehlen. Daß in unseren Reihen auch gewandte Federn zu finden sind, die selbst schwierigste Vorgänge gut und überzeugend zu behandeln wissen, beweisen die in dieser Nummer veröffent-

lichten Aufsätze zur Gemeinderats- und Kreistagswahl, die uns die Verfasser — Herr August Schindler in Tauberbischofsheim und Herr Karl Winter in Forchheim — unaufgefordert zur Veröffentlichung gesandt haben.

„Kreis und Gemeinde“ soll einmal im Monat erscheinen. Wenn uns die Papiernot keinen Strich durch die Rechnung macht, hoffen wir, den Umfang der Beilage auf jeweils vier Seiten halten zu können. Der Bezugspreis der „Südwestdeutschen Union“ bleibt unverändert.

Wir würden uns freuen, wenn die besondere Berücksichtigung kommunalpolitischer Fragen namentlich diejenigen Parteifreunde, die im kommunalpolitischen Bereich tätig sind, jedoch die „Südwestdeutsche Union“ noch nicht beziehen, veranlassen würde, unsere Halbmonatsschrift zu bestellen. Es genügt hierzu, den Bestellzettel auf der letzten Seite dieser Ausgabe auszufüllen und an die Vertriebsabteilung in Heidelberg zu senden.

Die Schriftleitung

Wer soll Bürgermeister werden?

Regierungsdirektor Ad. Kühn, M.d.L., Karlsruhe

Diese Frage ist augenblicklich höchst wichtig, sie war wohl noch nie so aktuell wie gerade jetzt. Denn am Sonntag, den 1. Februar 1948, müssen in ganz Nordbaden alle Bürgermeister und Oberbürgermeister gewählt werden, und zwar durch das ganze Wählervolk. Ausgenommen von der Volkswahl sind nur die stellvertretenden Bürgermeister in den kreisfreien Städten; diese sind alsbald nachher durch den Gemeinderat, also indirekt zu wählen.

Der Pflichtenkreis eines Bürgermeisters ist im allgemeinen bekannt. Je nach der Größe und Bedeutung eines Gemeinwesens werden die Anforderungen verschieden sein. Aber jeder Bürgermeister sollte von vornherein bestimmte Eigenschaften mitbringen, persönliche und sachliche.

Ein guter Bürgermeister dient der ganzen Gemeinde als Vorbild, nicht zuletzt der Jugend! Wer Bürgermeister werden soll, der muß sich durch seine bisherige Haltung allgemeine Achtung erworben haben, er muß weithin uneingeschränktes Vertrauen und Ansehen genießen. Wenn es daran mangelt, dann fehlt die erste Voraussetzung.

Ein Bürgermeister muß tatkräftig sein. Er muß einen gewissen Unternehmungsgeist besitzen. Er soll, kurz gesagt, „ein ganzer Kerl“ sein, nicht zu weich und nicht zu zaghaft! Davon hängt zum guten Teil der Erfolg ab. In einer Amtsperiode von 6 Jahren kann allerhand passieren. Da kommt es immer wieder darauf an, daß der Bürgermeister „auf Draht“ ist und die Dinge nicht schlampern läßt. Er muß stets den Mut haben, Verantwortung zu tragen.

Der Bürgermeister ist für die Gesamtheit da und nicht nur für gute Freunde und Bekannte. Er darf nicht den

eigenen Vorteil im Auge haben. Wenn ein Ortsvorsteher sich vorwerfen lassen muß, daß er Vetterleswirtschaft und Verwandtschaftspolitik treibe, dann ist dies sehr übel. Uneigennützigkeit gepaart mit Gerechtigkeit ist also oberstes Gebot. Nötig sind auch Männer mit sozialem Sinn und mit genügendem Verständnis für die Armen und Notleidenden.

Ein Bürgermeister muß tüchtig sein, er muß etwas wissen und können. Sonst kann er sein verantwortungsvolles Amt unmöglich richtig ausfüllen. Sonst wird er alsbald zum Spielball in den Händen anderer. Es muß also ein nicht geringes Maß von Kenntnissen und Fähigkeiten vorausgesetzt werden. Die Tätigkeit auf dem Rathaus ist sehr vielseitig. In Württemberg hat man meist Berufsbürgermeister, auch auf dem Lande. In Baden ist dies weniger der Fall. Im großen und ganzen funktionieren unsere Gemeindeverwaltungen in Baden gut, bestimmt nicht schlechter als in Württemberg. Aber es wird gerade jetzt entscheidend darauf ankommen, daß recht gut ausgewählte, tüchtige und gewandte Männer bei uns als Bürgermeister auf die Rathäuser geschickt werden, sonst besteht die Gefahr, daß in Zukunft bloß noch Berufsbürgermeister gewählt werden dürfen. Wir wollen also die Auswahl auch von dieser Seite her nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Die Bürgermeister müssen auftreten können, sie müssen eine gewisse Gewandtheit besitzen. Sie müssen auch auswärts mit allen möglichen Leuten, Stellen und Behörden zusammenarbeiten und verhandeln, nicht zuletzt mit ihren Landräten. Sie müssen Fühlung halten mit

den Kreis- und den Landtagsabgeordneten ihres Bezirks. Wenn man auf den Rathäusern lässig und mangelhaft und ohne genügende Verbindung nach außen arbeitet, dann spürt man dies von unten bis hinauf zu den höchsten Stellen, und der Schaden kann für die Gemeinde und ihre Angehörigen allmählich sehr beträchtlich werden.

Die Zahl der Gemeinderäte ist nun wesentlich verstärkt. Neue Kräfte sind auf die Rathäuser gezogen, darunter oft sehr befähigte und gewandte Leute, zum Teil auch aus den Kreisen unserer Neubürger. Man kann dies nur begrüßen. Aber es wird dabei wesentlich darauf ankommen, wer die Leitung der Gemeindeverwaltung inne hat. Je tüchtiger ein Bürgermeister ist, je mehr er an Lebenserfahrung mit sich bringt und je mehr er es versteht, gelegentlich auch auszugleichen und zu führen, um so besser und reibungsloser wird sich die Zusammenarbeit mit den Parteien, mit den Gemeinderäten und mit dem Rathauspersonal gestalten und auswirken. Wer das entsprechende Einfühlungsvermögen und das nötige Taktgefühl vermissen läßt, der gehört von vornherein in so schwierigen Zeiten nicht auf den Bürgermeistersessel.

Gelegentlich geht heute die Diskussion auch über die Frage, ob politische Beamte den Vorzug verdienen. Die Ansichten gehen auseinander. Gewiß ist es klar, daß ein Bürgermeister für alle da sein muß, gleichgültig, welcher politischen Richtung jemand angehört. Sicher aber scheint mir zu sein, daß ein Bürgermeister wenigstens eine gewisse politische Schulung und Eignung besitzen muß. Ein Bürgermeister darf nicht völlig unpolitisch sein. Es versteht sich dabei auch von selbst, daß ein Bürgermeister politisch nicht belastet sein darf. Wir möchten unsere Freunde dringend bitten, nur gut demokratisch gesinnte und zuverlässige Männer als Kandidaten aufzustellen und, wie angedeutet, Männer mit politischem Sinn!

Das Recht der Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Es genießt den Schutz der Verfassung. Der beste Schutz aber besteht in seiner guten und unanfechtbaren Handhabung. Die Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken, ist unabwiesbare Pflicht aller wahren Demokraten. Im Nazireich hatte keiner viel zu sagen, der nicht wenigstens Kreisleiter war, auch nicht der Bürgermeister. Nun stehen die Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten wiederum im Lichte der breitesten Öffentlichkeit. Die Kritik bei der Wahl und darnach wird nirgends ganz ausbleiben. Es darf auch deshalb nicht darauf ankommen, wer Bürgermeister werden „möchte“. Wichtig ist, wer nach Lage der Dinge und nach seinen Fähigkeiten und Eigenschaften in erster Linie berufen ist.

Wenn ein Kandidat von einer Partei aufgestellt wird, dann ist auch zu erforschen, ob der Mann die nötige „Zugkraft“ besitzt. Man darf nie einen Bürgermeisterkandidaten aufstellen ohne die richtige Fühlungnahme mit dem Wählervolk. Man muß sich recht gut umhören, sonst kann man sehr daneben greifen. Es ist weder dem Kandidaten noch der Partei damit gedient, wenn vorher schon mit einer Niederlage gerechnet werden muß. Es wird sich oft nicht umgehen lassen, auch nachzuprüfen, ob ein Mann, der bisher Bürgermeister war, noch tragbar und leistungsfähig genug ist. Und nicht selten wird es geboten sein, nach jüngeren und geeigneteren Kräften ernstlich Ausschau zu halten. Dabei müssen sachliche Überlegungen unter allen Umständen im Vordergrund bleiben. Die Masse der Wähler hat nicht immer, aber doch zumeist

das richtige Fingerspitzengefühl dafür, wer nicht oder nicht mehr in Frage kommt. Zum Amt des Bürgermeisters ist der Beste und Tüchtigste gerade gut genug. Wenn man das Persönliche ausscheidet und so sachgemäß und gewissenhaft wie möglich prüft, dann wird sich fast immer der richtige Mann finden lassen.

Und nun noch die Frage: Soll eine Partei wie z. B. die CDU bei diesen Bürgermeisterwahlen unter allen Umständen überall für den ersten Wahlgang eigene Kandidaten aufstellen? Das kommt ganz darauf an! Ich will auch dazu meine persönliche Meinung kurz sagen. Wo die CDU einen geeigneten Mann aus den eigenen Reihen hat, mit dem sie zum Zuge kommen kann, muß sie ihn als Kandidaten aufstellen und sich für ihn mit äußerster Kraft im Wahlkampf einsetzen. Es kann Fälle geben, wo eine Partei sich veranlaßt sieht, auch in einen aussichtslosen Wahlkampf einzutreten. Das wird der Fall sein, wenn andere Richtungen nur ungeeignete Männer vorschlagen, deren Wahl zu verhindern wäre. In besonderen Ausnahmefällen läßt sich auch daran denken, für

den Mann einer anderen Partei zu stimmen, vielleicht auch „Gewehr bei Fuß“ zu stehen. Da oder dort mag es angebracht sein, den eigenen Freunden die Stimmabgabe frei zu geben. Den richtigen Weg zu finden, bedarf manchmal ganz gründlicher Prüfung und Überlegung. Dabei kann es nichts schaden, wenn gegebenenfalls rechtzeitig mit anderen Parteien Fühlung genommen wird. Wenn sich die CDU irgendwo entscheidet, für den Mann einer anderen Richtung zu stimmen, dann muß dieser selbstverständlich die volle Gewähr dafür bieten, daß die Wähler der CDU keine bitteren Enttäuschungen erleben. Es muß sich dann um einen Mann handeln, zu dem auch politisch Andersdenkende mit Achtung und Vertrauen aufblicken können. Niemals wird die CDU z. B. für einen Mann eintreten können, von dem man weiß, daß er ein erklärter Gegner der christlichen Kultur und überhaupt ein Feind der christlichen Kirchen ist.

Also Vorsicht und Sorgfalt in allem! Wir tragen alle insgesamt eine hohe Verantwortung. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Keiner aber, der nun gewählt wird, möge vergessen, daß es zu jeder Zeit sein Ziel sein muß, ein wahrer Vater seiner ganzen Gemeinde zu sein.

Die Kommunalwahlen im Landkreis Tauberbischofsheim

Verwaltungsdirektor August Schindler, Tauberbischofsheim

Die Gemeindewahlen

Ein oberflächlicher Vergleich mit den Gemeindewahlen 1946 erweckt den Anschein, als ob die CDU einen katastrophalen Rückschlag erlitten hätte. Hatte sie doch damals mit 280 von insgesamt 368 Gemeinderäten 76,1% aller Gemeinderatsitze errungen, während sie heute von 768 Gemeinderäten nur noch 272 erhielt, was einem Prozentsatz von 35,42% entspricht. Der Rückgang ist aber nur scheinbar, wenn man folgende Momente in Betracht zieht:

1. Damals, 1946, waren noch nicht alle Parteien auf der Bildfläche erschienen. (Die DVP fehlte bei den Gemeindewahlen ganz.)

2. Auch die Tendenz nach freien Wählergruppen war damals noch nicht so stark, weil dort noch nicht so unwahrscheinlich und skrupellos gegen die Parteien gehetzt wurde, und weil weite Kreise der Bevölkerung, die damals noch unter dem Eindruck der politischen Katastrophe des Frühjahrs 1945 standen, heute bereits den Blick für die geschichtlichen Zusammenhänge verloren haben und teilweise wieder in sog. politisch neutralen Kräftegruppen eine Rolle spielen wollen.

3. Weite Kreise des Volkes, die 1946 noch nicht den Mut hatten, eigene Wählergruppen zu bilden, traten damals unter dem Firmenschild der CDU auf, so daß in Ortschaften, in denen die CDU kein einziges Mitglied hatte, ohne Wissen der Parteileitung CDU-Listen aufgestellt und gewählt wurden.

4. Damals war die Masse der Ostflüchtlinge noch nicht wahlberechtigt. Die um rund 30 Prozent erhöhte Zahl der Wahlberechtigten ist größtenteils auf den Zugang an Neubürgern zurückzuführen, die hochprozentig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, aber bedauerlicherweise meist auf sog. freien Listen auf dem Plan erschienen.

Wenn man dies bedenkt, so braucht das Ergebnis, das die CDU verzeichnet, durchaus nicht zu überraschen, besonders dann nicht, wenn man die übrigen Parteien zum Vergleich heranzieht. Die DVP, die bei der Gemeindewahl 1946 im Landkreis überhaupt noch nicht geboren war, hat 1947 lediglich 1,04% errungen. Die SPD hatte 1946 7,9%, heute 2,87%. Die KPD ist früher und jetzt ausgefallen. Die sog. Unpolitischen sind jedoch aus den oben angeführten Gründen von 16% auf 60,67% gestiegen. Man sieht allerdings an dem Ergebnis der Kreiswahlen, daß unter den sog. freien Wählergruppen der Gemeindewahlen sehr viele CDU-Wähler stecken. Denn die Stärke der CDU in den Gemeindewahlen betrug 35,42%, während sie im Kreis 56,6% erreicht hat. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß Gemeindewahlen hierzulande oft nicht von ausgesprochen politischen Überlegungen getragen werden, sondern daß häufig ganz andere Momente die Entscheidung der Wählerschaft bestimmen.

Die Kreiswahlen

Auch hier versucht man durch Trugschlüsse der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Es sei deshalb festgestellt:

1. Bei der Kreiswahl 1947 sind nur die CDU, die SPD und die KPD als reine politische Parteien in den Wahlkampf eingetreten, während die DVP dazu von vornherein den Mut nicht aufbrachte, sondern ihr Firmenschild durch eine sog. „Parteilose demokratische Wählergruppe“ ergänzen zu müssen glaubte. In einer besonderen Erklärung in der Presse vor der Wahl legten die bezirklichen Führer der DVP auf diese Zusatzbezeichnung den Hauptwert und beschwerten sich gegen das Landratsamt, weil dortseits auf die Bezeichnung DVP der Akzent gelegt wurde. Nach der Wahl reden dieselben Führergestalten nichts mehr von der Zusatzbezeichnung, sondern nehmen den in

der Hauptsache durch die Parteilose demokratische Wählergruppe erreichten Stimmenzuwachs nur für die DVP in Anspruch und vergleichen in den „Fränkischen Nachrichten“ stolz den im Jahr 1946 erreichten Prozentsatz mit dem von 1947, um aller Welt darzutun, wie die DVP im Landkreis Tauberbischofsheim auf Kosten der CDU angewachsen sei. Tatsächlich beruht der Zuwachs darauf, daß zahlreiche Ostflüchtlinge auf den plumpen Stimmenfang der DVP hereingefallen sind und sich durch den Zusatz „Parteilose demokratische Wählergruppe“ als Vorspann für eine politische Partei gebrauchen ließen, während sie sich in Wirklichkeit für keine Partei festlegen wollten. Wenn man bedenkt, daß in der Zahl der Wahlberechtigten etwa 25% Neubürger enthalten sind, also stark 10 000, von denen ein großer Teil die parteilose demokratische Wählergruppe wählen wollte, deren Stimmen jetzt aber, nach der Wahl, als DVP-Stimmen gewertet werden, so ist der in die Welt hinausposaunte Zuwachs der DVP gar nicht mehr imponierend. Bei der Kreiswahl 1946 hatte die DVP 5,8% der gültig abgegebenen Stimmen, 1947 zusammen mit der parteilosen demokratischen Wählervereinigung 27,9%. Nimmt man die Neubürgerstimmen, die, wie oben dargetan, nicht der DVP gelten, sondern dem parteilosen Anhängsel, so schrumpft der prozentuale Zuwachs der DVP sehr zusammen. Die DVP erzielte bei der letzten Landtagswahl 1975, jetzt 1977, also ein Mehr von 6942 Stimmen. Auch wenn man außer den Ostflüchtlingen, die sich in zwei besonderen freien Wählergruppen sammelten (2062 Stimmen), noch einen weiteren Teil abrechnet, der sich für die CDU entschied, so kann doch der weitest große Teil des Zuwachses an Stimmen bei der DVP den „parteilosen“ Neubürgern zugerechnet werden, so daß die DVP wohl auch an der stärkeren Wahlbeteiligung gewinnend teilnahm, aber keinen „überragenden Sieg“ errungen hat.

2. Die CDU hatte bei der letzten Landtagswahl 17 798 Stimmen, diesmal 19 978, also einen Zuwachs von 2180 Stimmen, der ebenfalls wie bei der DVP auf die stärkere Wahlbeteiligung und in geringerem Maße auf die Neubürger zurückzuführen ist. Der Stamm der CDU-Wähler ist also treu geblieben.

3. Die SPD hatte bei der Landtagswahl 3566 Stimmen, 1947 = 4252, also einen Zugang von 686 Stimmen.

4. Die KPD hatte bei der Landtagswahl 659, jetzt 794 Stimmen, blieb also nach wie vor bedeutungslos.

Zusammenfassend kann demnach gesagt werden:

a) Die politischen Parteien haben im Landkreis Tauberbischofsheim ihren Stand gehalten, ja durchweg auf Grund der stärkeren Wahlbeteiligung und eines im allgemeinen geringen Zustoßes von Neubürgern mehr oder weniger verbessert.

b) Der von der DVP nach der Wahl in Anspruch genommene bedeutende Zuwachs ist eine Irreführung. Die Partei als solche hat in ähnlicher Form wie die anderen Parteien, zum Beispiel die CDU, aufgeholt; was darüber geht, entfällt auf die parteilosen demokratischen Wählervereinigungen, die an die DVP angehängt wurden.

c) Durch die Bildung der unpolitischen Wählergruppen der Neubürger entstand eine andere prozentuale Verteilung der Sitze in der Kreisvertretung, die, schon rechnerisch gesehen, eine Verminderung der bisherigen CDU-Position um über 20% bedeuten mußte. Diese Vorkalkulation erwies sich dann auch als richtig. Der CDU-Anteil bei der Kreiswahl 1946 betrug 77,8%, 1947 56,6%. Der Rückgang kam keiner anderen politischen Partei zugute, sondern

entspricht der Machtposition der freien Wählergruppen und der parteilosen demokratischen Vereinigung, wird aber in demagogischer Weise von der DVP für sich verbucht.

Die CDU führt nach wie vor im Landkreis und sie besitzt, wie es im Landkreis Tauberbischofsheim nie anders zu erwarten ist, die absolute Mehrheit. Um das erste Auftreten der Ostflüchtlinge bei den Wahlen ging schon längst ein Rätselraten.

Kritische Wahlbetrachtungen

Karl Winter, Forchheim bei Karlsruhe

Wiederum ist eine Wahlschlacht geschlagen und mit wechselnden Gefühlen werden die Ergebnisse dieser Wahl je nach der politischen Grundeinstellung des Betrachters überprüft. Für uns von der CDU sind es zunächst drei Fragen, die im Vordergrund unserer kritischen Betrachtung stehen müssen, und zwar:

1. Ist es möglich, die große Partei der Nichtwähler nach ihrer politischen Grundeinstellung zu beurteilen, und warum haben besonders in den Städten so große Teile des Wählervolkes Wahlenthaltung geübt?

2. Wie haben sich die Neubürger in dieser Wahlentscheidung verhalten?

3. Wie hat sich das neue Wahlverfahren auf das Wahlergebnis ausgewirkt?

Es ist zwar nicht so einfach, die hier aufgeworfenen Fragen so zu beantworten, daß der gewonnenen Erkenntnis Allgemeingültigkeit zugesprochen werden kann. Dies ist besonders in den Städten schwer, vielleicht fast unmöglich, dagegen nicht aussichtslos in Landgemeinden, und hier wieder nur an Orten, wo das politische Interesse dauernd wachgehalten wird und demzufolge eine gewisse Stabilität der politischen Linien nachgewiesenermaßen immer vorhanden war. Das Vorhandensein dieser Voraussetzung kann als erwiesen gelten bei einer Gemeinde, die in fünf Wahlgängen seit dem Januar 1946 nie weniger als 88 v. H. ihrer Wähler zur Wahlurne brachte. Die Beteiligung bei der letzten Gemeindevahl betrug in unserer Gemeinde 90 v. H. Aus dem vorliegenden Wahlergebnis unserer Gemeinde und den Ergebnissen der meisten Gemeinden mit ausgesprochen schlechter Wahlbeteiligung lassen sich durch Vergleiche Schlüsse ziehen, die zu der Erkenntnis zwingen, daß ein sehr großer Teil der Nichtwähler sich aus früheren CDU-Wählern zusammensetzt. Es soll hiermit der Versuch gemacht werden, die Gründe hierfür wenigstens teilweise freizulegen.

Zunächst kann als sicher unterstellt werden, daß die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkte, die die SPD mit Geschick und kluger Taktik in diesem Wahlkampf herausgestellt hat, das Ergebnis der Abstimmung weitgehend beeinflussen haben. Die schier unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit wurden von dieser Seite bewußt in den Mittelpunkt der parteipolitischen Auseinandersetzungen gestellt und hierbei — wie das Wahlergebnis beweist — mit Erfolg die Forderung der Sozialisierung und Planwirtschaft zum Prinzip erhoben. Diesen in allgemeiner Form erhobenen Forderungen läßt sich auf die Dauer nur mit einem zielklar umrissenen Wirtschaftsprogramm begegnen, das nicht nur den Bedürfnissen unseres heutigen wirtschaftlichen Schaffens Rechnung trägt, sondern auch gleichzeitig wahre soziale Gerechtigkeit schafft.

Jetzt haben wir klare Verhältnisse. Danach werden wir in den nächsten sechs Jahren handeln. Die Neubürger brauchen dabei aber nicht zu fürchten, daß wir ihre Interessen weniger gut vertreten, als wir das bisher schon getan haben. Unser Weg ist klar und durch unsere Grundsätze vorgezeichnet. Die fränkische Heimat wird den Segen unserer Arbeit einheimen. Dann soll das Volk nach Ablauf der nächsten sechs Jahre erneut entscheiden. Wir haben diese Entscheidung nicht zu fürchten.

Wenn auch die Propagierung der sozialdemokratischen Parolen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik keineswegs bewirkt hat, daß größere Teile des Wählervolkes sich von ihren bisherigen Parteien lossagten und zur SPD überwechselten, so ist doch unverkennbar, daß hierdurch beträchtliche Teile des Wählervolkes der CDU entmutigt wurden und ihre innere Niedergeschlagenheit durch Wahlenthaltung bekundet haben. Dies dürfte insbesondere auf jene Gruppen zutreffen, die durch Kriegsergebnisse und deren Folgen vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen und bisher nicht ohne Hoffnung dem Programm der CDU die Treue hielten. Das Wort von der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit muß tatsächlich in unserem politischen Schaffen wahre Gestalt und Form gewinnen und, was das Wichtigste ist, einen Inhalt erhalten, der den Millionen der Enterbten, der Heimatlosen und der vom Schicksal Gezeichneten neue Hoffnung vermittelt. Keineswegs darf aber dieses Wort dazu mißbraucht werden, um einem schuld- und fluchbeladenen Wirtschaftssystem mit morschen und wurmstichigen Krücken wieder auf die Beine zu helfen. Unsere Sorge muß dem Ziele dienen, einen Wirtschaftskörper zu schaffen, in dessen Mittelpunkt der bedürftige Mensch steht, und dessen Ertragnis den beiden Faktoren Kapital und Arbeit in gerechter Weise zuteil wird. Also: ein zielklares, aus echtem christlichen Geiste entwickeltes Wirtschaftsprogramm, das das augenblicklich vorhandene Schwanken der CDU zwischen verschiedenen Richtungen beseitigt.

Unter den von der SPD herausgestellten sozialpolitischen Forderungen erhielt das neu zu schaffende Einheitssozialversicherungs-Gesetz besondere Behandlung. Von einzelnen Parteirednern wurde die CDU damit belastet, daß sie durch ihr Eintreten für Vertagung dieses Gesetzes mit dazu beigetragen habe, daß nun die Kriegerwitwen keine Hinterbliebenenbezüge mehr erhalten. Diese Behauptung wurde damit begründet, daß in dem besagten Gesetzentwurf diese Dinge zur Regelung vorgesehen sind, und daß die CDU durch ihr Eintreten für Vertagung dieses Gesetzes praktisch die Verantwortung für die Folgen zu tragen habe. Nehmen wir diese Dinge nicht zu leicht! Wenn sich auch die Tatsachen wesentlich anders verhalten, so erzielt eine solche propagandistische Auswertung immerhin Erfolge, die sich im politischen Raume auswirken. Manche Kriegerwitwe wird unter dem Eindruck dieser Werbung entweder SPD gewählt oder sich der Abstimmung enthalten haben.

Weitere Gründe, die diese Wahlentscheidung zum Nachteil der CDU beeinflusst

haben, dürften neben den vielen kleinen Nadelstichen des Alltags in einer mangelhaften Führung zu suchen sein, die eine einheitliche und zielklare Willensausrichtung des gesamten Wählervolks nicht zuwege gebracht hat. In diesem Punkt scheinen uns andere Parteien zur Zeit überlegen zu sein. Wir üben oft zu viel Verzicht auf Bildung oder Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Diese Feststellung schließt in sich, daß unser organisatorischer Aufbau Mängel aufweist, die unbedingt behoben werden müssen. Wir müssen uns einen soliden, schlagkräftigen Organisationskörper schaffen, der bis in die kleinste Zelle dauernd aktiv ist und nicht erst zu Wahlzeiten recht und schlecht in Funktion tritt und oft die an ihn gestellten Aufgaben nicht meistern kann. Auf diesem Gebiet haben wir noch ein großes Stück Arbeit zu leisten.

Und nun zur Frage: Wie haben die Neubürger gewählt? Es ist sicher nicht leicht, auf diese Frage eine Antwort zu finden, die Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. Es soll daher versucht werden, diese Frage an Hand der übersichtlichen und konstanten politischen Verhältnisse unserer Gemeinde zu beantworten. In Forchheim erfolgen alle politischen Abstimmungen seit vielen Jahren getrennt nach Geschlechtern. Ab Januar 1946 hat die CDU in vier Wahlgängen ihren Anteil mit 39 bis 41 v. H. der Männerstimmen und mit 59 bis 61 v. H. der Frauenstimmen stets behauptet. Die politischen Verhältnisse sind somit in unserer Gemeinde erwiesenermaßen als konstant zu bezeichnen. Bei den Männerstimmen hat sich am 7. Dezember durch Zugang der Neubürger an diesem Verhältnis nichts geändert. Der CDU-Anteil beträgt hier nach wie vor 39 v. H. Hierdurch ist erwiesen, daß rund 40 v. H. der männlichen Neubürger für die Liste der CDU und rund 60 v. H. für die Einheitsliste der SPD/KPD (SED?) gestimmt haben. Anders ist dies jedoch diesmal bei den Frauenstimmen. Hier macht das Ergebnis vom 7. Dezember eine Ausnahme, indem die CDU nur 48 v. H. der Frauenstimmen erhalten hat. Da aber nicht angenommen werden kann, daß zwar 40 v. H. der männlichen Neubürger die Liste der CDU wählten, aber nur 10 v. H. der weiblichen Neubürger diese Liste bevorzugten, müssen für die eingetretene Verschiebung des Anteils der Frauenstimmen andere Gründe wirksam gewesen sein. Ja, es darf mit fast hundertprozentiger Sicherheit behauptet werden, daß die weiblichen Neubürger zu mindestens 60 v. H. die Liste der CDU gewählt haben; diese Behauptung ist kein Wagnis, wenn man berücksichtigt, daß tatsächlich 40 v. H. der männlichen Neubürger für die CDU stimmten. Die Gesetze einer vernünftigen Logik erheischen gebieterisch eine andere Erklärung der hier wirksam gewordenen Ursachen, und diese Ursachen dürften restlos in der Handhabung des neuen Wahlverfahrens zu suchen sein.

In einer öffentlichen Versammlung der SPD am 5. 12. 1947 hatte der Parteiredner mit Ausdruck darauf hingewiesen, daß zu dieser Wahl die Stimmzettel ins Haus gebracht werden, und daß damit dem Manne die Möglichkeit an die Hand gegeben ist, die Wahlhandlung seiner Frau zu überwachen. Ja er hat ganz offen hierzu aufgefordert. Es darf somit — wenigstens soweit unsere Gemeinde in Frage kommt — mit Sicherheit angenommen werden, daß hierdurch etwa 12 v. H. = rd. 130 Frauen, die bei früheren Wahlen immer CDU wählten, diesmal die Liste der SPD/KPD gewählt haben. Hierdurch dürfte hinreichend bewiesen sein, daß bei dieser Wahl mit dem Grundsatz der

freien und geheimen Abstimmung ganz offen gebrochen wurde. Mit solchen Methoden wird dem Gedanken der Demokratie geradezu ins Gesicht geschlagen. Der Hinweis, daß ja im Wahllokal jeder Wähler die Möglichkeit hat, sich einen weiteren Stimmzettel geben zu lassen, ist wenig von Bedeutung, da ja die Frau im allgemeinen mit dem Manne gemeinsam zur Wahl geht und somit schon aus diesem Grunde diese Möglichkeit ausscheidet. Geht nun aber die Frau allein zur Wahl, so scheidet diese Möglichkeit wieder aus, und zwar aus dem Grunde, weil ja die Parteifreunde ihres Mannes als Mitglieder der Wahlkommission im Wahllokal anwesend sind, und sie somit große innere Hemmungen überwinden müßte, um einen weiteren Stimmzettel zu verlangen. Hier hilft nur

eines: sorgen wir dafür, daß auch bei Gemeindewahlen künftig die Abstimmung frei und geheim vorgenommen werden kann.

Was nun das Überwechseln von CDU-Wählern zu anderen Parteien, insbesondere zur DVP betrifft, so mag dies in einer Hinsicht wenig schädlich sein. Es schafft klare Fronten, und diese Klärung ist besonders in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht wertvoll, weil hierdurch die innere Schlagkraft der CDU keinerlei Einbuße erleidet. Wenn wir die Dinge auszuwerten verstehen und die erforderliche Nutzenanwendung aus dieser Wahl ziehen, wird das Endergebnis keine Schwächung, sondern eine Stärkung der CDU-Position im Gefolge haben.

Briefkasten

Frage: (Nr. 1, Bürgermeister W. S. in L.)

Sind die Mitglieder des Gemeinderats zum Erscheinen in den Gemeinderatssitzungen verpflichtet?

Antwort:

Jal. Vgl. § 48 Abs. 7 der bad. G.O. Wer unentschuldig wegbleibt, sich „drückt“ oder gar Obstruktion treibt, der macht sich einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig und kann deswegen zur Verantwortung gezogen werden. Die Gemeinderatsmitglieder müssen ihre Obliegenheiten gewissenhaft wahrnehmen. Es kann „im Ernstfalle“ auf Verweis oder Dienstentlassung erkannt werden, und das von rechts wegen! Wenn es anders wäre, dann könnte ja die Gemeindeverwaltung schließlich lahmgelegt werden. Dies aber dürfte die Staatsaufsichtsbehörde nicht zulassen. K.

Frage: (Nr. 2, Gemeinderat L. K. in B.)

Kann die Abstimmung im Gemeinderat geheim durch Stimmzettel erfolgen? Wenn ja, wie gibt der Bürgermeister im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag? Ist der Stichtscheid bei einer geheimen Abstimmung überhaupt zulässig?

Antwort:

Die Hauptfrage dürfte zu verneinen sein. Die G.O. enthält über die Art und Weise der Abstimmung nichts. Sie überläßt die nähere Regelung der Abstimmung und der Verhandlung im Gemeinderat der Geschäftsordnung. In § 48 Abs. 5 der bad. G.O. ist ausdrücklich gesagt, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet. Vorsitzender muß übrigens nicht immer ein Bürgermeister sein. Den Vorsitz kann gelegentlich auch einmal ein Gemeinderat als Stellvertreter des Bürgermeisters inne haben. Eine geheime Abstimmung wird deshalb nicht als zulässig erklärt werden können, weil dann bei Stimmengleichheit dem Vorsitzenden die Möglichkeit des Stichtschids praktisch genommen ist. Es müßte vorher ja erkennbar sein, wie der Vorsitzende schon abgestimmt hatte. Für unsere Meinung in diesem Punkt gibt es auch noch andere Argumente. Die alle hier darzulegen, würde jedoch zu weit führen. Es ist aber auch allgemein betrachtet ganz gut, wenn im Gemeinderat offen abgestimmt werden muß. Gemeinderäte sollen eine wohlbegründete Ansicht haben und sollen Leute sein, die Farbe kennen. K.

Frage: (Nr. 3, Gemeinderat W. B. in K.)

Wie verhält es sich mit der Abhaltung von Gemeinderatssitzungen? Wie oft müssen diese stattfinden? Kann ihre Einberufung erzwungen werden?

Antwort:

Über diese Frage gewährt der noch geltende § 48 der alten bad. Gemeindeordnung vom 5. 10. 1921 nähere Auskunft. Dort ist nämlich gesagt: „Der Gemeinderat wird zu seinen Sitzungen vom Bürgermeister einberufen; die Einberufung hat monatlich mindestens zweimal zu erfolgen.“ Weiter ist bestimmt: „Auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder muß der Gemeinderat einberufen werden.“ Wenn dieser Vorschrift nicht genügt wird, kann natürlich die Hilfe der Staatsaufsichtsbehörde angerufen werden. Jedes Gemeinderatsmitglied kann darnach die Einberufung erzwingen. Wir möchten aber meinen, daß dazu kaum Anlaß gegeben sein wird. Es wäre unseres Erachtens in der Demokratie ein schlechtes Zeichen für einen Bürgermeister, wenn er versuchen würde, den Gemeinderat mehr oder weniger auszuschalten. Das wäre indirekt geradezu eine Brückierung der Gesamt-Wähler-schaft, deren Vertreter die Gemeinderäte sind. K.

Sprechsaal

Soll das neue Gemeindewahlrecht so bleiben?

Über das Gemeindewahlrecht darf meines Erachtens das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Es steht durchaus noch nicht fest, daß das Wahlverfahren, das den Gemeindewahlen vom 7. 12. 1947 zugrunde lag, hundertprozentig eingeschlagen hat. Wie wir hören, gehen die Auffassungen sehr weit auseinander. Dabei hat man anscheinend auf dem Lande bessere Erfahrungen gemacht, als in den größeren Städten. Aber auch aus manchen größeren Landorten werden Klagen darüber laut, daß die an das neue Verfahren geknüpften Erwartungen sich keineswegs restlos erfüllt haben. Nun wird es darauf ankommen, zunächst einmal die Erfahrungen festzuhalten, die für und gegen das neue Wahlverfahren sprechen. Um die erforderliche Aussprache auszulösen, will ich nur ganz kurz meine Meinung äußern. Ich behalte mir dabei vor, sie später, wenn andere gesprochen haben, zu ergänzen.

Ich will gar kein Hehl daraus machen: Mir hat das frühere badische Verfahren bei der Gemeindewahl besser gefallen als das neue schwäbische. Dabei will ich zugeben, daß die streng gebundenen Listen auf dem Lande vielfach berechtigten Anstoß erregten. Hier aber wäre leicht Abhilfe möglich gewesen. Nun ist die parteipolitische Zersplitterung in vielen Landorten auch in Baden größer als vorher. Ich bezweifle sehr, ob die Zusammenarbeit in den Gemeinderäten künftig leichter und erfolgreicher wird. Für die Städte aber kann ich durchaus nicht einsehen, inwiefern das schwäbische Verfahren besser sein soll. Die sehr schlechte Wahlbeteiligung in den größeren Städten mag verschiedene Ursachen haben. Ganz unschuldig daran ist das komplizierte neue Verfahren aber bestimmt nicht. Bei vielen Leuten herrschte eine starke Abneigung dagegen. Die Frauen sind dabei schlecht weggekommen. Das Ergebnis ließ allzulange auf sich warten. Vor allem aber muß ich stark bezweifeln, ob das Kumulieren und Panaschieren nur erteilte Ergebnisse gebracht hat und ob immer unanfechtbare Gesichtspunkte dafür maßgebend gewesen sind. Wenn z. B. unter neun Stadträten einer Partei drei Professoren und dazu noch ebenso viele Rechtsanwälte gewählt sind, so ist das praktisch gesehen eine Sache für sich. F. N.

Und wo bleiben Sie?

Tragen Sie durch Ihre persönliche Entscheidung, durch Ihr Vorbild dazu bei, daß unser Gedankengut weitergetragen wird

Werden Sie Mitglied der CDU!

Schneiden Sie diese Ecke aus und schicken Sie an das Generalsekretariat in Karlsruhe, Kriegsstr. 210, ein.

Name:	_____
Vorname:	_____
Wohnort:	_____
Kreis:	_____
Straße:	_____